

**Vorlage für die Sitzung des Senats am
25.02.2020**

**2. Sachstandsbericht zur Umsetzung des vom Senat am 18.09.2018 beschlossenen
Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof**

A. Problem

Der Hauptbahnhof ist der zentrale Ort in der Stadt, der von vielen Bremerinnen und Bremen, aber auch auswärtigen Besucherinnen und Besuchern stark frequentiert wird. Der Hauptbahnhof hat – neben dem Zugverkehr – verkehrstechnisch als Knotenpunkt der Straßenbahnen und überregionalen Busse eine wichtige Rolle. Zudem sind rund um den Hauptbahnhof eine Reihe von Hotels, Restaurants, Discotheken (v.a. an der Discomeile) Geschäfte und u.a. das Überseemuseum angesiedelt. Durch den Neubau am Bahnhofsvorplatz werden diese Angebote noch weiter ausgebaut werden.

Der gesamte Bereich um den Bremer Hauptbahnhof war 2017 nach polizeilicher Bewertung ein Brennpunkt der Raub- und Betäubungsmittelkriminalität. Begleitet wurde diese Kriminalitätslage von vielfältigen Unordnungserscheinungen wie Müll, abgestellten Schrottfahrrädern, Farbschmierereien, wilden Toiletten, mehrtägigem Lagern bzw. Campieren von Personen (teilweise mit Hunden auf dem Bahnhofsvorplatz mit den entsprechenden Auswirkungen) sowie zunehmender organisierte Bettelerei. Diverse Personengruppen, z. B. aus der Drogenszene (Dealer/innen und Konsument/innen) sowie Gruppen von wohnungslosen und/oder Alkohol konsumierenden Menschen, trafen sich regelmäßig, insbesondere im Bereich der ÖPNV-Haltestellen, vor dem Überseemuseum sowie vor dem Eingangsbereich des Bahnhofs und gaben durch ihr Verhalten regelmäßig Anlass für polizeiliches Einschreiten. Dabei berichteten die einschreitenden Beamten von einer zunehmenden Aggressivität. Insgesamt führte die komplexe Gemengelage nicht nur zu einer massiven Beeinträchtigung der Nutzungsmöglichkeiten, sondern vor allem des Sicherheitsgefühls vieler Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen den Bereich um den Bahnhof aufsuchen bzw. durchqueren müssen.

Der Senat hat am 18.09.2018 in Wissen um diese Probleme das „Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof“ beschlossen und den Senator für Inneres gebeten, die Maßnahmen mit den beteiligten Ressorts umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Ein 1. Sachstandsbericht wurde dem Senat am 29.4.2019 vorgelegt. Der anliegende 2. Sachstandsbericht zeigt den aktuellen Stand und die weiteren Herausforderungen auf.

B. Lösung

Die bestehenden Konzepte und die ressortübergreifend abgestimmten Maßnahmen für den Hauptbahnhof wurden weiterentwickelt, um die erforderlichen Maßnahmen ergänzt und mit den Ressortvertretern und weiteren Akteuren der Sicherheitspartnerschaft umgesetzt.

Eine zentrale Stelle zur Programmkoordination und für das Kooperationsmanagement wurde eingerichtet und dem Innenressort zugeordnet. Diese soll Bestand haben, bis die Maßnahmen umgesetzt sind.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Der Sachstandsbericht selbst hat keine finanziellen Auswirkungen.

Die Maßnahmen des Sicherheitsprogramms betreffen das Sicherheitsgefühl von Frauen und Männern gleichermaßen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit den Ressorts Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, sowie Soziales, Jugend, Integration und Sport, Wissenschaft und Häfen sowie Justiz und Verfassung, Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie der Senatskanzlei und dem Senator für Finanzen abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung im Informationsregister geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt den 2. Sachstandsbericht Stand Dezember 2019 zur Umsetzung des Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof zur Kenntnis und bittet den Senator für Inneres zusammen mit den beteiligten Ressorts die Maßnahmen fortzusetzen und weiterzuentwickeln.
2. Der Senat bittet den Senator für Inneres Ende 2020 über den Sachstand der Umsetzung zu berichten.

Anlagen: Sachstandsbericht Stand Januar 2020

Neufassung

Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof

2. Sachstandsbericht

Januar 2020
Stand 21.02.2020

Inhalt

Einleitung.....	3
Projektstruktur	4
1. Sicherheit.....	6
1.1. Lagedarstellung	6
1.2. Sicherheitskonzepte	10
1.2.1. Präsenz der Polizei am Bahnhofplatz.....	10
1.2.2. Videoüberwachung	10
1.2.3. Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Kriminalität und des Drogenhandels.....	11
1.2.4. Vorrangiges Verfahren	12
1.2.5. Abstimmung mit beteiligten Behörden und Organisationen	13
1.2.6. Prävention	14
2. Sauberkeit.....	14
2.1. Reinigung und Abfallbehälter.....	14
2.2. Schnittstellen Ordnungsdienst und Bremer Stadtreinigung	16
2.3. Schrotträder	16
2.4. Öffentliche Toiletten	16
3. Alternative Angebote für Menschen in prekären Lebenssituationen, die sich häufig am Bahnhof aufhalten.....	18
3.1. Aufenthaltsorte	18
3.2. Ausweitung Streetwork.....	21
3.3. Wohnangebot für wohnungslose, psychisch kranke Menschen.....	21
3.4. Ausweitung der Angebote der Drogenberatung.....	22
3.5. Beschäftigungsangebote	23
4. Gestaltung	23
4.1. Beleuchtung.....	23
4.2. Platz der Deutschen Einheit	24
4.3. Rückzugsraum Straße zwischen Breitenweg und Cinemaxx	25
4.4. Rückzugsraum „Auf der Brake“	25
4.5. Verkehr	25
5. Anrainer.....	26
Besondere Herausforderung.....	26
Fazit	27
Ausblick 2020.....	29

Einleitung

Die koordinierte Umsetzung des Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof läuft nunmehr seit gut einem Jahr.

Im nachfolgenden 2. Sachstandsbericht werden die bereits umgesetzten Maßnahmen zum Zwecke der Gesamtübersicht erneut aufgeführt, da sich auch daraus neue Entwicklungen oder Bedarfe ergeben haben. Der Bericht stellt ebenfalls dar, dass viele Dinge ineinandergreifen, sich daraus neue Handlungsansätze ergeben und sich auch je nach Jahreszeit unterschiedliche Problemfelder auftun, die im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft ressortübergreifend bearbeitet werden.

Der Senat hat am 18. September 2018 das „Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof“ beschlossen. Der Senator für Inneres hat einen zentralen Koordinator eingesetzt, um die Maßnahmen ressortübergreifend umzusetzen und das Konzept weiterzuentwickeln. Die Beteiligung und Mitarbeit der betroffenen Ressorts und nachgeordneten Behörden an der Entwicklung und Umsetzung des Programms sowie in der Sicherheitspartnerschaft sind vom Senatsbeschluss vorgesehen. Der Einsatz eines Koordinators hat sich bewährt, da fast alle Themen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit notwendig machen und durch die Koordination des großen Netzwerkes von Behörden, Institutionen und Anrainern ein guter Austausch besteht und die Ressourcen dafür gebündelt werden.

Ziel des Sicherheitskonzepts ist es, den Bahnhof für alle Bremerinnen und Bremer, aber auch für auswärtige Besucher*innen attraktiver und sicherer zu machen, bzw. das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern. Der Bremer Hauptbahnhof soll ein Ort sein, der seinen unterschiedlichen Funktionen (Verkehrsknotenpunkt, Aufenthaltsort für unterschiedlichste Menschen, Eintrittstor in die Stadt) gerecht wird und für alle Menschen der Stadt eine gewisse Aufenthaltsqualität und auch wirtschaftliche Grundlage bietet.

Nutzungs- und Gefährdungspotentiale verleihen dem Bahnhofsviertel oftmals einen schlechten Ruf. Die Wünsche und Ansprüche der verschiedenen Gruppen (z.B. Geschäftsleute, Reisende, Touristen, Pendler, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen in schwierigen sozialen Lagen, Familien mit kleinen Kindern, etc.) sind durchaus unterschiedlich und können sich auch widersprechen.

Es ist eine Gratwanderung in der alltäglichen Umsetzung des Sicherheitskonzepts, diese unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse auszubalancieren. Damit die Ordnungs- und

Sicherheitskräfte einheitlich einschreiten, müssen unbestimmte Rechtsbegriffe definiert und Leitlinien entsprechend entwickelt werden.

Der besondere Fokus richtet sich auf das Bahnhofsgebäude und die angrenzenden Bereiche in den Grenzen Breitenweg, Bürgermeister-Smidt-Straße, Theodor-Heuss-Allee und Gustav-Deetjen-Allee, in den nachfolgenden Ausführungen wird der Bereich als Bahnhof bzw. Hauptbahnhof bezeichnet.

Auch das Bahnhofsumfeld wird erfasst, sofern die Themen in unmittelbaren Bezug zum Bahnhof stehen oder ein Verdrängungseffekt erkennbar wird. Mit Bahnhofsumfeld sind die unmittelbar angrenzenden Bereiche bis Wallanlagen, Güterbahnhof, Bürgerweide, Nelson-Mandela Park und bis zur Rembertistraße gemeint.

Projektstruktur

Die Sicherheitspartnerschaft Bremer Hauptbahnhof besteht aus Akteuren bzw. Interessenvertretern des öffentlichen und privaten Sektors, die das Programm gemeinsam umsetzen.



Die in unterschiedlicher Verantwortung liegenden Konzepte und Maßnahmen werden vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Zielsetzung in einem Programm zusammengeführt und in Form einer

Projektstruktur umgesetzt.

Die Eckpunkte des ‚Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof‘ wurden in fünf ressortübergreifenden Arbeitsgruppen mit eigenen Verantwortlichen aufgeteilt:

1. Sicherheit (Umsetzung durch Senator für Inneres / Polizei)

Der Senator für Inneres (SI) in Kooperation mit der Senatorin für Justiz und Verfassung (SJV)

2. Sauberkeit (Umsetzung durch Die Bremer Stadtreinigung)

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS)

3. Bahnhofsszene (Umsetzung durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport)

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport (SJIS) in Kooperation mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) und der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE)

4. Gestaltung (Umsetzung durch Planung, Bauordnung Bezirk Mitte)

Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS)

5. Vereinsgründung der Anrainer: „Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.“ (Umsetzung durch Wirtschaftsförderung Bremen)

Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE)

Die Bildung einer eigenen Arbeitsgruppe ‚Image‘, wie vom Senatsprogramm vorgesehen, ist nicht erforderlich, denn die Imageverbesserung entsteht mit der Realisierung der Gesamtkonzeption des Sicherheitsprogramms.

Die Steuerung des Gesamtprogramms wird von den o.g. Teilprojektverantwortlichen zusammen mit dem Koordinator wahrgenommen.

Des Weiteren wurde eine Lenkungsgruppe, bestehend aus verantwortlichen Abteilungsleiter*innen bzw. Vertreter*innen eingesetzt, die weitere Entscheidungen ressortübergreifend trifft oder ggf. für den Senat vorbereitet.

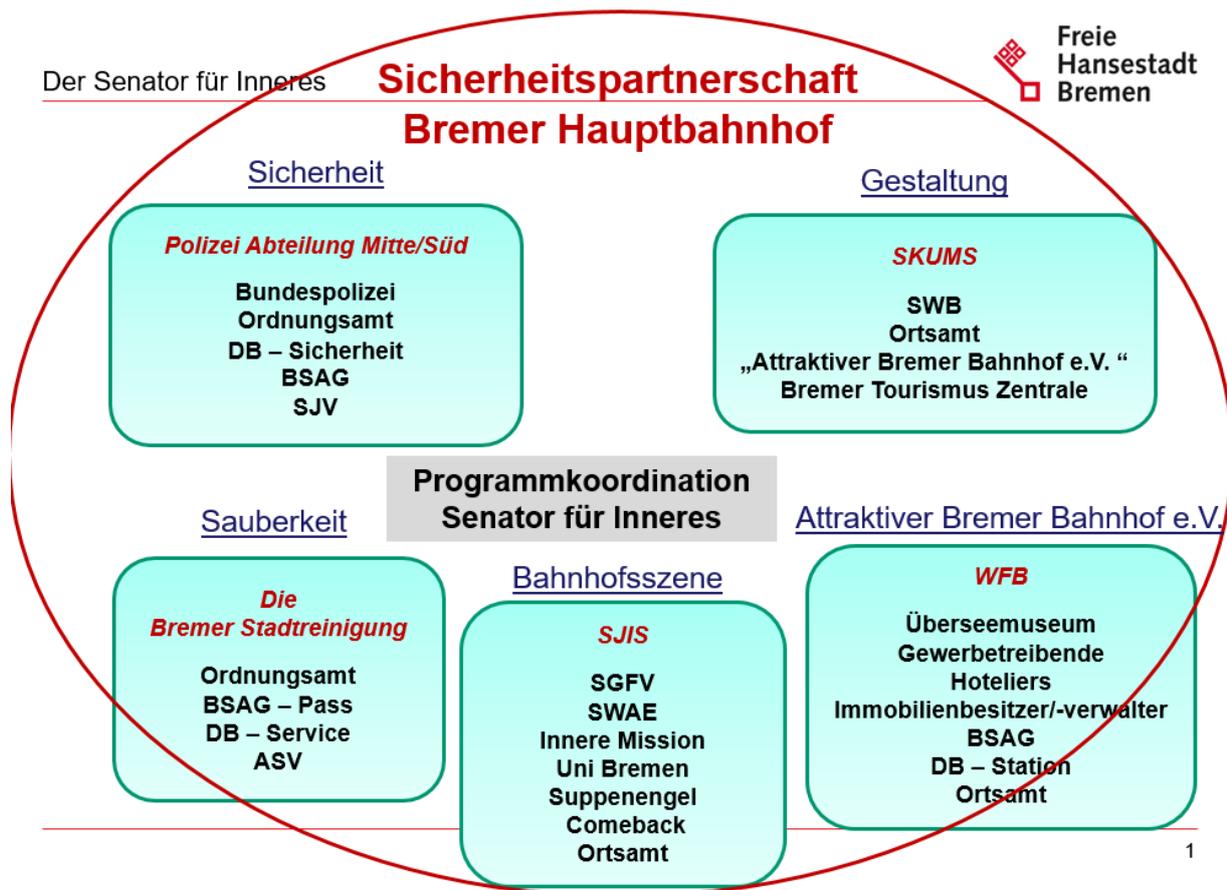


Abbildung: Aufbau der Projektstruktur

1. Sicherheit

1.1. Lagedarstellung

Die besondere Situation aufgrund von Veranstaltungen und Großeinsätzen wird an dieser Stelle nicht berücksichtigt.

Seit mehreren Jahren besteht ein Lagebild der Bundespolizei und Polizei Bremen zur Kriminalitätslage am Bahnhof. Für diesen Bereich findet ein ständiges Monitoring statt. Des Weiteren werden festgestellte Brennpunkte und Kriminalitätsphänomene mit der BSAG und dem Ordnungsdienst abgestimmt und die Erkenntnisse aus der Sicherheitspartnerschaft stetig mit einbezogen.

Das Konzept wird kontinuierlich angepasst, um auf veränderte Lagen zu reagieren.

Die Auswertung weiterer Kriminalitätsphänomene der Straßenkriminalität (u.a. Körperverletzungs-, Raub- und Diebstahldelikte) wird Anfang des Jahres 2020 erfolgen, sobald die Daten für 2019 vorliegen.

Der öffentlich wahrnehmbare Straßendeal am Bahnhof hat sich durch die Präsenz- und Kontrollmaßnahmen in das Bahnhofsumfeld verlagert. Hier sind neben der Bahnhofstraße, dem Bereich Hillmannplatz und nach Schließung des Innenhofes „Auf der Brake“ als Rückzugsraum der Szene u.a. folgende Bereiche verstärkt betroffen:

- geöffnete Parkhäuser
- die Wallanlagen im Nahbereich Herdentor / Brake / Hauptbahnhof
- der Fruchthof / neuer ZOB (in Zusammenhang mit wohnungslosen Menschen)
- der Szenetreff mit nahen Druckplätzen im Bereich Nelson-Mandela-Park
- der Barkhof / Ausgang Gustav-Deetjen-Tunnel
- Umfeld Tivoli Hochhaus, auch vor der Drogenberatungsstelle

Die Szene der Betäubungsmittelhändler im Bereich des Hauptbahnhofs und im Bahnhofsumfeld lässt sich grob in drei Gruppen unterteilen:

Die Hälfte (50 %) der bekannten Betäubungsmittelhändler sind überwiegend selbst Drogenabhängige mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dieser Personenkreis bewegt sich innerhalb der Konsumenten- bzw. Obdachlosenszene und verkauft Betäubungsmittel zur Finanzierung der eigenen Sucht. Es wird überwiegend mit Heroin bzw. Tabletten gehandelt. Mittlerweile gehört auch Crack in diese Szene.

Die afrikanischen Straßenhändler sind die zweitgrößte Gruppe (40 %). Sie kommen hauptsächlich aus Guinea/ - Bissau oder aus Gambia. Vereinzelt werden am Hauptbahnhof auch Somalier auffällig. Die Hälfte der afrikanischen Straßenhändler sind Heranwachsende bzw. junge Erwachsene. Der Anteil der jugendlichen Betäubungsmittelhändler ging in den letzten Jahren kontinuierlich zurück. Der weit überwiegende Teil wohnt in Bremen. Sammelunterkünfte spielen nur noch eine untergeordnete Rolle. Afrikanische Betäubungsmittelhändler sind mittlerweile sehr mobil und nutzen Fahrräder. Sie arbeiten auch mit Aufklärern, die erkannte Polizeibeamte, Streifenwagen oder erkannte Kontrollen über Mobiltelefone weiterverbreiten. Der überwiegende Teil der guineischen bzw. gambischen Staatsangehörigen ist ausreisepflichtig und häufig handelt es sich um nicht anerkannte Asylbewerber. Das Verfahren für die Abschiebung ist sehr aufwändig, da Ausweispapiere nötig sind, die regelmäßig nicht vorhanden sind. Für die Beschaffung von Passersatzpapieren von der Botschaft Guineas ist bei Straftätern bzw. Gefährdern die Bundespolizei in Amtshilfe zuständig. Nach den Erfahrungen der Bundespolizei ist es kaum möglich, Personalausweispapiere (PEP) von der Botschaft Guineas zu bekommen. Durch das im Jahr 2018 geschaffene Referat 24 beim Senator für Inneres ist es in Einzelfällen gelungen, Vorgänge von nicht anerkannten Asylbewerbern ohne Ausweispapiere intensiv zu bearbeiten und Rückführungen mit Ersatzpapieren durchzuführen. In Bremen wurden im vergangenen Jahr zwei guineische Staatsangehörige nach Guinea abgeschoben.

Ein relativ neues Phänomen stellt die im Bereich Hauptbahnhof zahlenmäßig kleinste Gruppe der irakisch/iranisch/syrischen Staatsangehörigen dar. Sie halten sich überwiegend in Geschäften, Kiosken und Lokalen im Bereich des Breitenwegs auf. Sie machen Betäubungsmittelgeschäfte mehrheitlich mit Landsleuten. Es wird überwiegend mit Cannabis gehandelt. Es wurde auch Opium sowie Heroin gefunden. Zum großen Teil handelt es sich um anerkannte Asylbewerber. Auch „alteingesessene“ arabischstämmige Personen spielen hier eine Rolle.

Grundsätzlich führen gerade die warmen Sommermonate zu einer verstärkten Ballung von suchtkranken Menschen. Dies geht regelmäßig mit vermehrtem öffentlichen Drogenkonsum, Zurücklassen von Spritzen, Exkrementen und u.v.m. einher. Anrainer beschwerten sich darüber, dass Personen für den Aufenthalt und den Konsum in die Gebäude einsickern, diese beschädigen und verwaorlost hinterlassen.

Die Polizei Bremen hat zudem den Verkauf von Crack (hat eine hohe Konsumfrequenz, erzeugt starke Abhängigkeit und Verwaorlung) festgestellt. Diese Menschen können durch bestehende Alternativangebote nicht erreicht werden. Nach polizeilicher Einschätzung ist weiterhin feststellbar, dass die sichtbare Drogenszene Auswirkungen auf das Umland hat - z.B. übt Bremen eine starke Anziehungskraft auf auswärtige Käufer*innen aus. Ein fehlender Szenetreffpunkt zum Konsum für Betäubungsmittel-Abhängige im Bahnhofsumfeld führte in den vergangenen Monaten zu einer spürbaren Erhöhung des Beschwerdeaufkommens über Angehörige der Drogenszene. Mit der Einrichtung eines Drogenkonsumraums 2020 wird eine Verbesserung der Situation erwartet.

Nicht nur die beschriebene objektive Sicherheitslage, sondern auch das Sicherheitsgefühl der Menschen hat Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität an relevanten Orten und wirkt sich auf das Wohlbefinden und Verhalten der Menschen aus. Das subjektive Sicherheitsgefühl ist individuell und verbindet personenbezogene Elemente mit Umweltaspekten. Neben der Kriminalitätsslage beeinflussen nach kriminologischen Erkenntnissen insbesondere Dunkelheit und Zeichen sozialer Disorganisation wie Müll, Verwaorlung oder das Auftreten bestimmter Personen wie Betrunkene, Angehörige der Drogenszene oder Bettler das Sicherheitsgefühl der Menschen.

Drogenszene:

Die Betäubungsmittelhändler sind für viele Menschen wahrnehmbar. Sie verhalten sich einerseits sehr konspirativ und arbeitsteilig, andererseits sprechen sie vorbeikommende Personen gezielt an, ob sie Drogen kaufen möchten. Das führt zu einer erheblichen Verunsicherung der Menschen, eine Anzeigenerstattung erfolgt in der Regel nicht.

Die Verwahrlosungserscheinungen der Drogenkonsumenten wurden bereits unter dem Sicherheitsaspekt beschrieben.

Lagern:

Die am Bahnhof errichteten, langfristigen Lager bzw. großflächigen Inanspruchnahmen von öffentlichem Raum durch Obdachlose, wurden nach Rücksprache mit den Streetworkern aufgelöst. Auf Hilfsangebote wurde hingewiesen. Der Ordnungsdienst klärt weiterhin auf und reagiert konsequent auf neu entstehende Lager.

Die Mitarbeiter*innen der Bremer Stadtreinigung wurden mehrfach früh morgens bei der Reinigung durch alkoholisierte Personen belästigt und bei den Reinigungsarbeiten durch Aufspringen auf das Reinigungsgerät behindert. Die Polizei erhöhte die Polizeipräsenz zur besagten Zeit und die Videoleitstelle wurde sensibilisiert.

Zurücklassen von persönlichen Gegenständen:

Persönliche Gegenstände werden von Menschen in prekären Lebenslagen aufgegeben oder zurückgelassen, um sich Plätze zu sichern. Nach persönlicher Ansprache und der Etablierung eines Verfahrens für die „Inobhutnahme“ der Gegenstände reduzierte sich dieses Verhalten am Bahnhof und im Bahnhofsumfeld. Es fehlt noch eine Zwischenlagermöglichkeit für persönliche Gegenstände der Obdachlosen.

Alkohol in der Öffentlichkeit:

Nach § 3 Nr. 1 des Ortsgesetzes über die Öffentliche Ordnung (OGÖffO) ist untersagt, sich dauerhaft zum Zwecke des Alkoholkonsums auf Straßen, der Öffentlichkeit zugänglichen öffentlichen Flächen oder Bänken niederzulassen und dadurch die Nutzung durch andere unzumutbar zu beeinträchtigen.

Die Nutzung der Haltestellen zum Treffen und Alkoholkonsum entspricht nicht der Zweckbestimmung und führt zu Beschwerden der Fahrgäste. Durch die Etablierung des Szenetreffs sind gut angenommene Alternativen vorhanden. Personen, die an den Haltestellen Alkohol konsumieren und erkennbar den ÖPNV nicht nutzen wollen, werden angesprochen und auf die Alternativen hingewiesen.

Die regelrechte „Belagerung“ der Haltestellen ist zurückgegangen, findet jedoch zum Leidwesen der Verkehrsbetriebe und Fahrgäste immer noch statt. Für eine ordnungsgemäße Nutzung der Haltestellen sind eine stetige Präsenz und Ansprache durch Ordnungsdienst und Polizei erforderlich.

Betteln:

Nach § 1 OGÖffO ist die Bettelerei in Begleitung von Kindern oder durch Kinder untersagt; ferner ist die Bettelerei untersagt, soweit Personen bedrängt, festgehalten oder berührt werden.

Das stille Sitzen am Straßenrand, ohne Störungen der Öffentlichen Sicherheit (stilles Betteln), ist hingegen eine Erscheinungsform des (Zusammen-)Lebens der Menschen und daher hinzunehmen.

Findet das stille Betteln aber zentral platziert auf dem Gehweg statt (Fußgängerströme müssen sich teilen), werden die Personen gebeten, sich an die Seite zu begeben.

Das Betteln in der Außenbestuhlung der Gastronomie ist durch den Betreiber selbst unter Ausübung seines Hausrechts zu regeln. Dies scheint in der Praxis für die Gastronomen sehr aufwändig zu sein.

Das Ansprechen von Passanten, ohne sie zu bedrängen, ist zulässig. Hierdurch entstehen jedoch Konflikte mit Menschen an den Haltestellen und Bewirtungsbetrieben. Die Gastronomen beklagen zunehmende Aggressivität und belästigendes Betteln. Die Anzahl der Menschen, die um Geld bitten, scheint nach Einschätzung der Anlieger zuzunehmen.

1.2. Sicherheitskonzepte

1.2.1. Präsenz der Polizei am Bahnhofplatz

Die Bundespolizei hat ihre Räume an der Südseite des Bahnhofs, Bahnhofplatz 14, im Juni 2019 bezogen. Die Kräfte des Reviers Innenstadt sind Mitte November 2019 in die neue Wache der Polizei Bremen eingezogen und sie wurde am 02.12.2019 offiziell eröffnet. Damit wird die erhöhte Polizeipräsenz und Ansprechbarkeit der Polizei am Bahnhof weiter verbessert und eine stationäre Präsenz sichergestellt. Es ist beabsichtigt, die Polizeidienststelle zu einem Großstandort für ein Polizeikommissariat auszubauen. Die Bundespolizei verstärkt bereits ihr Personal am Bremer Hauptbahnhof.

Auf der Basis der Kooperationsvereinbarung mit der Bundespolizei werden gemeinsame Streifen nach Kräfteverfügbarkeit eingesetzt. Auch der Ordnungsdienst beteiligt sich an den Präsenzmaßnahmen am Bahnhof.

1.2.2. Videoüberwachung

Die Leitstelle für die Videoüberwachung ist mit eigens hierfür eingestelltem Personal seit dem 01.06.2019 in Betrieb und noch verbliebene, kleinere Abschlussarbeiten an derameratechnik sind im 3. Quartal 2019 erfolgt. Wenngleich es für eine detaillierte Auswertung der Videotechnik noch zu früh

ist, läuft der Betrieb bislang störungsfrei und die Zusammenarbeit der Videoleitstelle mit den operativen Einsatzkräften der Polizei Bremen hat sich bewährt. Parallel konnten bereits mehrfach Videosequenzen nach Straftaten gesichert und an die zuständigen Ermittler*innen der Kriminalpolizei übergeben werden. Hierbei ist insbesondere von Vorteil, dass sich Tatbeiträge genau zuordnen lassen und auch Vor- und Nachtatphasen durch die Kameras erfasst sind. Eine erste Auswertung von Zahlen, z.B. bezüglich der Anzahl erfasster Straftaten, findet im ersten Quartal 2020 im Rahmen der Berichtspflicht gegenüber der Landesbeauftragten für Daten- und Informationsfreiheit statt.

Im Januar 2020 werden im Bereich der BSAG-Haltestellen am Bremer Hauptbahnhof drei sog. „Help-Points“ eingerichtet. Es handelt sich hierbei um ein Angebot der Polizei Bremen und der BSAG für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Help-Points bieten bei Betätigung eine Sprachverbindung in die Leitstelle der Polizei Bremen und fokussieren die Videoüberwachung auf die auslösende Säule. Hiermit soll das subjektive Sicherheitsgefühl der hilfesuchenden Person erhöht werden. Im Vordergrund des Projekts steht, dass die Bürgerinnen und Bürger gezielt eine Videoüberwachung auf sich selbst anfordern können, bzw. auf ihre aktuelle Lage aufmerksam machen können.

Sollte ein Gefahrenmoment bestehen oder strafbare Handlungen erkennbar sein, so werden umgehend Einsatzkräfte disponiert.

Der permanente Zugriff der Landespolizei auf die Videoanlage der Bundespolizei im Bahnhof ist rechtlich zurzeit nicht möglich. Es wird eine Änderung des Bundespolizeigesetzes erwartet, die einen erleichterten Zugang ermöglicht.

1.2.3. Bekämpfung der öffentlich wahrnehmbaren Kriminalität und des Drogenhandels

Die Polizei Bremen hat bereits im Jahr 2016 aufgrund von Beschwerden über den öffentlich wahrnehmbaren Drogenhandel und Unordnungserscheinungen sowie dem beeinträchtigten Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Bahnhofsumfeld ihren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des öffentlich wahrnehmbaren Drogenhandels am Bahnhof, im Bahnhofsumfeld und im Steintorviertel verlagert.

Durch die Polizei Bremen wird mit großem Personalaufwand durch zivile und uniformierte Kräfte ganzjährig sichergestellt, dass die öffentlich wahrnehmbare Kriminalität am Bahnhofplatz zurückgedrängt und bekämpft wird. Die Polizei zeigt seit Mai 2018 auf dem Bahnhofsvorplatz erhöhte und stetige Präsenz. Seit Januar 2019 wird zur besseren Sichtbarkeit der Polizei Bremen eine mobile Wache eingesetzt. Der Einsatz der Polizei Bremen verfolgt maßgeblich die Zielsetzung, die Auswirkungen der öffentlich wahrnehmbaren Drogenkriminalität zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu steigern.

Das polizeiliche Vorgehen wird einem ständigen Strategiecheck unterzogen. Ein Austausch mit den Polizeibehörden anderer vergleichbarer Großstädte findet statt. Um eine Sanktionierung von Straßendealern zu erreichen, wurde beispielsweise die Ermittlungsgruppe Straßendeal zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Straßendeals mit Erfolg eingerichtet. Erstmals gelang es in Bremen, gewerbsmäßigen Straßenhandel mit nicht geringen Mengen nachzuweisen. Zehn Haftbefehle konnten erwirkt werden. 2019 wurden bisher 319 Verfahren eingeleitet, darunter vier Verfahren wegen des gewerbsmäßigen Handels mit Betäubungsmitteln. Die Maßnahmen scheinen temporär Wirkung auf die Szene zu entfachen, so kann man es den Ergebnissen aus einer Telekommunikationsüberwachung entnehmen.

Gleichwohl ist die Menge der geführten Verfahren wegen gewerbsmäßigen Straßendeal gering und Straßenhändler sind weiterhin an den bekannten Plätzen im Stadtbild zu erkennen.

Mit der Justiz ist verabredet, effizientere Wege zu finden, um einer höheren Anzahl von Straßendealern die Gewerbsmäßigkeit im Rauschgifthandel nachweisen zu können. Durch ein neu zu verabredendes Verfahren soll das Sanktionierungsrisiko von Straßendealern erheblich gesteigert werden.

Zusätzlich wurde ergänzend zu den kurzfristigen Platzverweisen ein Verfahren für längerfristige Aufenthalts- und Betretungsverbote zur Bekämpfung der Straßenkriminalität und Ordnungsstörungen entwickelt und implementiert.

Das Ziel ist, die Personen, die wiederholt mit Straftaten bzw. erheblichen Ordnungsstörungen auffallen, längerfristig aus diesen Gefahrenzonen für die Dauer der täglichen Gefahrenzeit auszuschließen. Diese Maßnahme soll insbesondere dazu dienen, den Straßendeal an diesem Ort nachhaltig zurückzudrängen.

Für das Jahr 2019 wurden, bis einschließlich 31. November, 1094 Platzverweise ausgesprochen, darunter 80 längerfristige 14-tägige Platzverweise sowie 21 Aufenthaltsverbote für 6 Monate. Der Anlass für den Platzverweis wird statistisch nicht erfasst, so dass der Anteil der Verbote wegen Betäubungsmittelkriminalität nicht beziffert werden kann.

Die gesammelten Erkenntnisse zur Lage werden regelmäßig ausgewertet und evaluiert.

1.2.4. Vorrangiges Verfahren

Die Staatsanwaltschaft Bremen, Bundespolizei und Polizei Bremen haben sich über die Möglichkeiten der Optimierung des Prozessablaufs im Umgang mit von den bestehenden priorisierten

Verfahrensprozessen nicht erfassten Intensiv- und Mehrfachtätern im Bereich der Gewalt- und Eigentumskriminalität ausgetauscht.

Es wurde vereinbart, die Kooperation zwischen den Strafverfolgungsbehörden dergestalt zu intensivieren, dass Ermittlungsvorgänge von Bundespolizei und Polizei Bremen möglichst zusammengeführt und der Staatsanwaltschaft gebündelt vorgelegt werden, um eine schnellere und effizientere Strafverfolgung zu erreichen.

1.2.5. Abstimmung mit beteiligten Behörden und Organisationen

Die Landespolizei führt turnusmäßig Lagebesprechungen mit der Bundespolizei und dem Ordnungsdienst zum Bahnhof durch.

Darüber hinaus bestehen enge Kontakte mit dem Präsenzdienst der BSAG und der DB Sicherheit. Die Abläufe und Einschreitschwellen in der täglichen Arbeit werden anlassbezogen abgestimmt.

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, ist es eine Gratwanderung für die Ordnungskräfte, die verschiedenen Wünsche und Ansprüche der unterschiedlichen Gruppen mit den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen in Einklang zu bringen. Es sollen deutliche Grenzen gezogen werden, wo andere Personen beeinträchtigt werden, es müssen aber auch gleichzeitig individuelle Freiräume akzeptiert werden. Für die handelnden Kräfte war es notwendig, Handlungssicherheit zu schaffen und Einschreitschwellen genau zu definieren.

Aus diesem Grund wurden vom Senator für Inneres die rechtlichen Grundlagen und Handlungsleitlinien für den Ordnungsdienst und die Polizei in einem Erlass zusammengefasst. Die „Leitlinien zum Einschreiten von Ordnungsamt und Polizei, um auf konflikträchtiges Verhalten von Menschen in prekären Lebenslagen angemessen und einheitlich zu reagieren“ regeln das Lagern im öffentlichen Raum, das Zurücklassen von Gegenständen, den Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit und das zulässige Verhalten von Bettlern.

Oberstes Ziel ist es, die Menschen in prekären Lagen an Hilfseinrichtungen weiterzuvermitteln. Sie werden durch respektvolle Ansprache dazu aufgefordert, die entsprechenden Angebote aufzusuchen. Der Übergang zwischen Akzeptanz von Verhaltensweisen und dem Erfordernis von polizeilichen ordnungsrechtlichen Maßnahmen bzw. einer Sanktionierung ist häufig fließend.

Vorfälle oder größere Unstimmigkeiten im Innenverhältnis sollen durch die Akteure vor Ort an den Koordinator der Sicherheitspartnerschaft weitergegeben werden, damit solche Fälle aufgeklärt und evaluiert werden können. Neben dem behördlichen etablierten Beschwerdemanagement wurde insbesondere mit der Inneren Mission verabredet, dass Klagen der betreuten Menschen unmittelbar

an den Koordinator weitergeleitet werden und diese dann mit den betroffenen Stellen in der Sicherheitspartnerschaft erörtert werden.

1.2.6. Prävention

Die UAG Sicherheit der Sicherheitspartnerschaft thematisiert auf ihren Besprechungen Präventionsthemen und -termine für das Bahnhofsumfeld. So wurde im Dezember 2018 eine gemeinsame Präventionsmaßnahme gegen Trickdiebstähle durchgeführt, im Juli 2019 dann eine weitere gemeinsame Maßnahme mit dem Titel „Abfeiern? – Aber richtig!“. Weitere Präventionsthemen sind geplant.

2. Sauberkeit

Insgesamt macht der Bahnhofplatz einen gepflegteren Eindruck, doch es bedarf noch weiterer Verbesserungen, insbesondere an den BSAG-Haltestellen. Im Rahmen einer Begehung im Dezember 2019 wurden Lösungsmöglichkeiten erarbeitet. Zum Beispiel sollen die hängenden Müllbehälter durch Standbehälter ersetzt werden, um dunkle Flecken unterhalb der Behälter zu vermeiden. Die Reinigungspflicht der Anrainer bei dem ehemaligen BSAG Servicegebäude und benachbarten Kiosken war bisher noch ungeklärt, aber ab 2020 werden die Anrainer intensiver in die Pflicht genommen.

Die Bremer Stadtreinigung hat im Juli 2018 den Leistungsvertrag für die Reinigung des Hauptbahnhofes unterschrieben und hält diesen auch entsprechend ein. Auffälligkeiten werden im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft an die Bremer Stadtreinigung über die Mängelmelder-App, per Mail oder die eingerichtete zentrale Rufnummer 361 3611 gemeldet.

Weggeworfene Zigarettenkippen oder Kaugummis sind ein allgemeines Problem in der Stadt. Die Bremer Stadtreinigung hat die Kampagne „Noch ist nicht alles im Eimer“ entwickelt, die im November 2019 gestartet ist. Es ist beabsichtigt, diese Kampagne, die insgesamt die Verringerung der illegalen Ablagerungen zum Ziel hat, mit der Sicherheitspartnerschaft zu unterstützen und so am Hauptbahnhof viele Menschen zu erreichen.

2.1. Reinigung und Abfallbehälter

Die Reinigungsintervalle durch Die Bremer Stadtreinigung sind festgelegt:

Der Bahnhofplatz, die BSAG Haltestellen, der „Platz der deutschen Einheit“ und die Bahnhofstraße werden zwei Mal täglich manuell gereinigt. Unterstützt wird die manuelle Reinigung zusätzlich einmal

täglich (früh morgens) durch eine maschinelle Reinigung. Dies erfolgt auch an den Sonn- und Feiertagen.

Die erste Reinigung des Gebietes um den Hauptbahnhof soll jeweils morgens bis 7.00 Uhr erfolgt sein. Der zweite Reinigungsdurchlauf sollte bis 17.00 Uhr abgeschlossen sein. Einmal im Monat findet zusätzlich eine Nassreinigung von Schwerpunktbereichen der BSAG Haltestellen statt. Für die Nassreinigung der BSAG-Haltestellen wurde ein neues Gerät angeschafft, das jedoch auch nicht sämtliche Verschmutzungen lösen kann.

Die Beseitigung von Aufklebern an Verkehrseinrichtungen wird durch das Amt für Straßen und Verkehr veranlasst. Es ist jedoch anzumerken, dass es nicht möglich ist, der Lage im Bereich Bahnhof nachhaltig gerecht zu werden, da gereinigte Schilder innerhalb kürzester Zeit wieder neu beklebt oder beschriftet werden. Es handelt sich um eine nicht endende Schleife, die hohe Kosten verursacht (ca. 2200 € für 500 Verkehrszeichen im Bahnhofsviertel), sodass Schilder ungereinigt verbleiben, so lange deren Sinn noch erkennbar ist. Es gibt keinen regelmäßigen Reinigungsturnus, sondern es erfolgt eine Beseitigung nach Hinweislage durch Polizei oder dem Ordnungsdienst.

Die sog. Balmer Stelen, die als Touristenführung dienen, sind ebenfalls beschmiert, beklebt und häufig unlesbar. Eine Reinigung ist teuer und gereinigte Stelen laden zu neuem Vandalismus ein, sodass der Zustand der Orientierung für Touristen und Bremer*innen negative Auswirkungen auf das Erscheinungsbild des Bahnhofsbereiches hat. Eine neue technische Ausführung, die die Probleme reduziert, wurde bereits durch die Wirtschaftsförderung getestet und für 100 relevante Stelen im Stadtgebiet veranschlagt.

Die Aufstellung von gesonderten Abfallbehältern für Pfandflaschen und Aschenbechern (sog. Kippy) haben sich (aufgrund häufiger missbräuchlicher Nutzung) nicht bewährt.

Vor dem Eingangsbereich des Bremer Hauptbahnhofes (Südseite) ist die Deutsche Bahn für die Reinigung und Aufstellung von Abfallbehältern zuständig. Die damaligen Aschenbecher vor dem Eingang wurden aufgrund von missbräuchlicher Nutzung abgebaut und die Deutsche Bahn ließ diesen Bereich lediglich öfter reinigen/fegen. Raucher*innen hatten somit keine Möglichkeit, die Zigarettenkippen ordnungsgemäß zu entsorgen. In Anbetracht der notwendigen Haltungsänderung der Raucher*innen im Sinne des Umweltschutzes hat die Deutsche Bahn Ende 2019 wieder neue Aschenbecher aufgestellt.

Die Drogenabhängigen hinterlassen in den Wallanlagen, auf Spielplätzen, in den Parkhäusern, in der Toilette am Szenetreff nicht nur Müll, sondern auch benutzte Spritzen, die eine Gefahr für Menschen und Tiere darstellen. Da es keine Alternativen (Drogenkonsumraum) für die Konsumenten gibt, führen

polizeiliche Maßnahmen nur zu einer Verlagerung der Konsumplätze. Es sind deshalb andere Lösungen erforderlich um das Müllproblem und damit die Gefahren an bestimmten Konsumplätzen zu beseitigen. Die aktuellen Reinigungsintervalle sind nicht ausreichend. Aus dem Grund wurde angeregt, sog. Sonderreinigungsgänge für das Aufsammeln von Spritzen zur Gefahrenabwehr und zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls zu finanzieren. Ein Ergebnis steht noch aus.

2.2. Schnittstellen Ordnungsdienst und Bremer Stadtreinigung

Die Bremer Stadtreinigung und der Ordnungsdienst kooperieren bei festgestellten Unordnungserscheinungen. Der Ordnungsdienst wird nach Abschluss der Kampagne der Bremer Stadtreinigung das Wegwerfen von Zigaretten verstärkt verfolgen. Eine Erhöhung der Bußgelder wird zurzeit geprüft.

2.3. Schrotträder

Der Prozess für die Entfernung von Schrotträdern aus dem öffentlichen Verkehrsraum und deren anschließenden Verwertung/Entsorgung ist bei der Bremer Stadtreinigung festgelegt. Die Überprüfungsintervalle inklusive Markierung mit einer Banderole und Einsammlung finden regelmäßig (alle 4 – 6 Wochen) rund um den Hauptbahnhof statt. Häufigere Intervalle am Hauptbahnhof sind sehr arbeitsintensiv, da Banderolen oft entfernt werden. In den ersten 9 Monaten 2019 wurden 287 Schrotträder markiert und 182 abgeholt.

Ein zentrales E-Mail-Postfach zur Meldung von solchen Fahrrädern wurde bei der Bremer Stadtreinigung eingerichtet: schrottrad@dbs.bremen.de.

2.4. Öffentliche Toiletten

Ein ergänzendes Konzept zur Situation der Öffentlichen Toiletten im bahnhofsnahen Umfeld liegt zurzeit noch nicht vor.

Die Anrainer berichten über eine hohe Nachfrage an öffentlichen Toiletten, nicht nur von Menschen in prekären Lebenslagen, sondern auch von anderen Personen, die sich eine gebührenpflichtige Toilette leisten könnten.

Die Schwierigkeit besteht darin, einen Platz für die Aufstellung einer betreuten Toilettenanlage zu finden. Die Örtlichkeit muss die Personenströme aufnehmen und von den Anrainern akzeptiert werden. Ein möglicher Standort wäre die ehemalige Verkaufsstelle der BSAG im Haltestellenbereich. Die BSAG führt aktuell eine technische Bestandsaufnahme der gesamten Anlage am Bahnhof durch und prüft dabei, welche Möglichkeiten für eine WC-Anlage bestehen.

Die öffentliche Toilette am Hugo-Schauinsland-Platz wurde abgebaut, da diese in der Vergangenheit oftmals von Wohnungslosen und Suchtkranken zweckentfremdet wurde, indem sie darin übernachteten oder Drogen konsumierten. Die Toilette wurde im November zum Szenetreff beim Intercity Hotel verlegt und steht während der Betreuungszeiten durch die Innere Mission kostenlos für die Nutzer*innen des Szenetreffs zur Verfügung. Außerhalb der Betreuungszeiten sollte die Toilette anderen Bevölkerungsgruppen kostenpflichtig zur Verfügung stehen. Nach der Umsetzung ist aber das Problem entstanden, dass drogenabhängige Menschen die Toilette aufgrund der kalten Jahreszeit nun auch an dem neuen Standort aufgesucht haben, um zu konsumieren. Die Polizei musste die Toilette aus gefahrenabwehrrechtlichen Gründen schließen lassen, da trotz der regelmäßigen Reinigung ein Infektionsrisiko für andere Menschen nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Der Umgang mit dem Problem wurde im November mit der Inneren Mission, Comeback, Polizei und der Bremer Stadtreinigung erörtert. Die Bremer Stadtreinigung hat daraufhin den öffentlichen Zugang bis zur Einrichtung eines Drogenkonsumraums für die Öffentlichkeit gesperrt. Die Nutzung der Toilette wird ausschließlich über die Streetworker des Szenetreffs organisiert. Außerhalb der Öffnungszeiten des Szenetreffs ist kein Zugang mehr möglich.

Polizeiliche Kontrollen erfolgen in Abstimmung mit der Inneren Mission.

Vor diesem Hintergrund, steht für das Publikum am Szenetreff und Passanten außerhalb der Öffnungszeiten des Szenetreffs bis zu einer Lösung des Problems keine öffentliche Toilette mehr zur Verfügung. Während die Mehrheitsgesellschaft auf das kostenpflichtige Angebot im Hauptbahnhof zurückgreifen kann, sind die Menschen in prekären Lebenslagen finanziell nicht in der Lage, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen.

Für den Hugo-Schauinsland-Platz wird die Installation eines Urinals geprüft.

Zudem besteht die Absicht, das Projekt „Nette Toilette“ auszuweiten. Ob die Akquisition zusätzlicher Teilnehmer*innen gelingt, ist fraglich, da im vorliegenden Quartier regelmäßig die umliegenden Geschäfte abgefragt werden.

Um die Bedürfnisse an der Ausstattung mit öffentlichen Toilettenanlagen oder Teilnehmern der „Netten Toilette“ besser erfassen zu können, besteht das zentrale E-Mail Postfach oeffentliche-toiletten@dbs.bremen.de zur Anmeldung einer „Netten Toilette“ bzw. für Hinweise auf fehlende Anlagen.

3. Alternative Angebote für Menschen in prekären Lebenssituationen, die sich häufig am Bahnhof aufhalten

Wie in den Eckpunkten für ein Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof dargestellt (vgl. Vorlage für die Sitzung des Senats am 18.09.2018), gibt es bereits eine Vielzahl von sozialen Angeboten im Bahnhofsumfeld.

Dazu gehören Tagestreffs für wohnungslose oder in prekären Verhältnissen lebenden Menschen (u.a. Café Papagei, Frauenzimmer, Teestube der Hoppenbank, Bahnhofsmision) in Bahnhofsnähe sowie die Drogenberatungsstelle und das Kontaktcafé Comeback für die Zielgruppe der Konsument*innen illegaler Drogen. Zusätzlich sind Streetworker eingesetzt. Die Streetworker unterstützen jene wohnungslosen Menschen, die die Übernachtungsangebote der Stadt nicht annehmen können oder wollen. Das Team des Streetworkerprojekts „connect“ von Vaja arbeitet mit der Zielgruppe Jugendlicher und junger Erwachsener, die sich in Bahnhofsnähe aufhalten. Für diese Gruppe gibt es auch ein Raumangebot am Breitenweg. Die Streetworker der Comeback unterstützen drogenabhängige Menschen im Bahnhofsumfeld. Die aufsuchende Arbeit findet in einem Team von Sozialarbeiter*innen und einer medizinischen Fachkraft statt.

Im Bahnhofsumfeld (sowie im gesamten Stadtgebiet) gibt es außerdem Notübernachtungsplätze für Männer und Frauen. Aktuell halten sich nach Aussage der Inneren Mission tagsüber ca. 50-60 und nachts ca. 25 Wohnungslose, die die Angebote oftmals nicht in Anspruch nehmen wollen, im Umfeld des Bahnhofs auf, obwohl noch Kapazitäten an Notschlafplätzen vorhanden sind. Eine Erweiterung der Kapazitäten der Übernachtungsplätze ist bei Bedarf im Stadtgebiet kurzfristig möglich. Alle Unterkünfte können auch tagsüber genutzt werden. Lediglich die Notschlafstelle „Auf der Brake“ ist am Tag geschlossen, ein Aufenthalt ist während dieser Zeit im benachbarten Café Papagei möglich. Im Stadtgebiet stehen zudem auch zwei Übernachtungseinrichtungen für wohnungslose Menschen, die illegale Drogen konsumieren, zur Verfügung. Beide Unterkünfte sind auch tagsüber geöffnet und werden sozialpädagogisch begleitet.

Im Rahmen des Sicherheitsprogramms Bremer Hauptbahnhof wurden folgende, weitere Initiativen unternommen:

3.1. Aufenthaltsorte

Mit dem am 01.04.2019 neu eingerichteten **Szenetreffpunkt neben dem InterCity-Hotel** und der dort vorhandenen sozialen Betreuung wird den Menschen, die sich oftmals im Haltestellenbereich der BSAG, aber auch an anderen Orten des Bahnhofs aufhalten, ein neuer Ort angeboten. Zielgruppen sind sowohl Konsument*innen illegaler Drogen, als auch wohnungslose und/oder alkoholabhängige

Menschen. Der Verein für Innere Mission hat zur Realisierung und sozialpädagogischen Begleitung dieses Treffs zeitlich befristete Projektmittel von „Aktion Mensch“ erhalten. Der Treffpunkt wird von unterschiedlichen Gruppen gut angenommen. Von April bis Dezember 2019 waren ca. 7602 Gäste im Szenetreff. Im Januar 2020 wurden 403 Besucher*innen gezählt.

Da die neue Toilettenanlage erst im November 2019 vom Hugo-Schauinsland-Platz versetzt werden konnte, wurde für die Übergangszeit eine provisorische Lösung umgesetzt.

Mit dem vorhandenen Personal lässt sich derzeit eine Öffnungszeit des Treffs von 9.00 – 16.00 Uhr umsetzen. Für die Ausweitung der Betreuungszeiten bis 20.00 Uhr wäre weiteres Personal bereitzustellen und zu finanzieren.

Für die Wintermonate hatte die BSAG erstmalig als Übergang ab November 2018 einen ausrangierten **Wärmebus** bereitgestellt, der bis Ende März 2019 auf der Bürgerweide von der Inneren Mission bewirtschaftet wurde. Das Angebot wurde gut angenommen. Die BSAG stellt in diesem Winter erneut einen Bus für die Nutzung zur Verfügung, der seit Dezember 2019 auf der Bürgerweide an der Gustav-Deetjen-Allee / Theodor-Heuss-Allee aufgestellt wurde.

Da für den Wärmebus kein zusätzliches Personal zur Verfügung steht, geht der Betrieb des Busses zu Lasten der Öffnungszeiten des Szenetreffs. Da durch Szenetreff und Wärmebus der gleiche Personenkreis angesprochen wird, wäre es wünschenswert, wenn sich der Bus in größerer Nähe zum Szenetreff befinden würde. Für den nächsten Winter 2020/2021 sind entsprechende Standorte zu prüfen.

Um längere Öffnungszeiten für beide Betreuungsprojekte zu gewährleisten, sind Personalkosten für den Haushalt 2020/2021 in dem Programm „Sichere und saubere Stadt“ angemeldet, welches im derzeitigen Planungsstand überzogen ist.

Im Nelson-Mandela-Park wurde in Abstimmung mit dem Beirat Schwachhausen, der Ortsamtsleiterin, dem Umweltbetrieb Bremen, der Stadtreinigung, der Polizei, dem Ordnungsdienst, der Inneren Mission und dem Sozialressort ein Platz festgelegt, an dem weitere Bänke und Müllgefäße aufgestellt wurden und der als akzeptierter Aufenthaltsort für Menschen in prekären Lebenslagen dienen soll. Der Streetworker, KoP und Ordnungsdienst stimmen mit den Menschen die Verhaltensregeln ab und achten darauf, dass dort kein Ort für die Drogenszene entsteht.

Die Menschen aus der Drogenszene suchen, wie im Sachstandsbericht von April 2019 beschrieben, nach neuen Orten für Handel und Konsum. In den warmen Monaten hält sich die Szene verstärkt in den Wallanlagen auf. Im neu einberufenen „Runden Tisch Drogenszene“, der sich alle 6 – 8 Wochen trifft, wurde die Intensivierung von Streetwork und die Installation von Kanülen-Abwurfbehältern an

den häufig frequentierten Orten durch Comeback als Sofort-Maßnahmen abgestimmt. Durch den Beschluss des Senats zur Einrichtung eines Drogenkonsumraumes im Umfeld der Friedrich-Rauers-Straße ist eine Verbesserung der Situation ab April 2020 (geplanter Start für den Drogenkonsumbus mit Kontaktmobil) zu erwarten.

Die **Bahnhoßmission** ist ein weiterer wichtiger sozialer Anlaufpunkt am Bahnhof. Die Bahnhoßmission hatte im Jahr 2017 ca. 52.000 Besucher*innen. Die Zahl ist im Jahr 2018 auf knapp 56.000 angestiegen. Im Jahr 2019 wurden ca. 50.000 Besucher*innen festgestellt. Der Rückgang der Zahlen im Jahr 2019 spiegelt nach Einschätzung der Inneren Mission nicht die Realität wieder. Aufgrund der Fluktuation der Mitarbeiter*innen wird eine fehlerhafte Führung der Statistik vermutet. Das Angebot der Bahnhoßmission ist niedrigschwellig. Es reicht von kleinen Hilfen, wie der Ausgabe von Pflastern, Fahrplanauskünften und Orientierungshilfen, Ausschicken von Kaffee bis hin zur sozialen Unterstützung für Menschen mit hohen psychischen oder sozialen Auffälligkeiten. Die Bahnhoßmission versucht dann, an andere soziale Hilfen im gesamten Stadtgebiet weiter zu verweisen bzw. einen Ort zu bieten, an dem die genannte Zielgruppe (zeitlich begrenzt) verweilen kann. In der Bahnhoßmission arbeiten vorwiegend Ehrenamtliche. Lediglich zwei Mitarbeiter/innen mit jeweils halber Stelle kümmern sich um die organisatorische Arbeit und die fachliche Anleitung der Ehrenamtlichen. Die beiden Mitarbeiter/innen werden durch den Verein für Innere Mission und die Caritas aus Eigenmitteln finanziert.

Das Sicherheitskonzept Hauptbahnhof hat unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Bahnhoßmission. Es werden zum einen vermehrt Personen, die sich im Bereich des Bahnhofs aufhalten, auf das Angebot der Bahnhoßmission hingewiesen. Das zeigt sich auch in den steigenden Besucherzahlen. Zum anderen werden Konflikte, die sich im Rahmen der Umsetzung des Konzepts ergeben, in die Bahnhoßmission „mitgenommen“. Gerade Menschen mit psychischen Auffälligkeiten oder auch starkem Suchtverhalten fühlen sich durch die Situation am Bahnhof subjektiv unter Druck gesetzt. Das führt dazu, dass insgesamt die Aggression der Besucher*innen der Bahnhoßmission deutlich zugenommen hat, sodass mit der Bundespolizei und der DB Sicherheit Absprachen getroffen wurden, wie die regelmäßige Kontaktaufnahme erfolgen soll. Ein Notrufmeldesystem für die Bahnhoßmission wurde eingeführt.

Trotz dieser Sicherheitsvorkehrungen führen die vermehrten Eskalationen in den Räumen der Bahnhoßmission aber dazu, dass die ehrenamtlich Engagierten bestimmte Dienstsichten nicht mehr übernehmen möchten, ganz abspringen oder mehr Unterstützung durch hauptamtliche Kräfte benötigen. Um die täglichen Öffnungszeiten (auch am Wochenende) aufrecht erhalten zu können und um das wertvolle Engagement der vielen Ehrenamtlichen nicht zu gefährden, ist es notwendig, dass eine zusätzliche Personalstelle (0,5 BV) – wie im vom Senat beschlossenen Sicherheitskonzept

vorgesehen - durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport finanziert wird. Die Mittel für die Finanzierung dieser halben Stelle stehen seit 01.10.2019 zur Verfügung, die Fortführung ist für den Haushalt 2020 angemeldet. Zur Sicherung des Angebotes ist eine langfristige Finanzierung erforderlich, auch wenn der Umzug in größere Räumlichkeiten noch nicht erfolgt ist.

Falls mittel- bis langfristig ein Polizeigebäude „Beim Handelsmuseum“ entsteht, ergäbe sich damit auch ein hervorragender Raum für eine neue, größere Bahnmissionsmission mit Toiletten. Entsprechende Vorgespräche wurden vom Innenressort mit dem Bauherrn, der Deutschen Bahn (als Mieter) und der Inneren Mission (Bahnmissionsmission) geführt und einvernehmlich für gut befunden.

Derzeit haben die **Bremer Suppenengel** im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft ein neues Winterquartier in der ehemaligen Bundesbahnkantine gefunden.

Fertiggestellt ist außerdem ein **Stadtplan mit Hilfsangeboten**, der allen Akteuren am Hauptbahnhof (Ordnungsdienst, Polizei, BSAG, DB Sicherheit, Stadtreinigung) zur Verfügung steht.

3.2. Ausweitung Streetwork

Um wohnungslose Menschen, die auf der Straße leben und die sich im Bahnhofsumfeld regelmäßig aufhalten, besser erreichen zu können, ist zudem eine **zusätzliche halbe Stelle für Streetwork** besetzt worden (Träger: Verein für Innere Mission).

Um auch Drogenkonsument*innen im Bahnhofsumfeld besser erreichen zu können, ist zudem eine **zusätzliche halbe Stelle für Streetwork** besetzt worden (Träger: comeback GmbH). Auch die medizinische Erstversorgung wird durch die konstante Begleitung der/des Streetworkers/Streetworkerin durch eine med. Fachkraft gestärkt.

Trotz der erfolgten Ausweitung der bisherigen Streetworkangebote sind weitere Aufgabenerweiterungen wie die Ausweitung der Betreuungszeiten am Szenetreff nicht mehr mit den vorhandenen Kapazitäten leistbar. Dies ist bei weiteren konzeptionellen Überlegungen zu berücksichtigen.

3.3. Wohnangebot für wohnungslose, psychisch kranke Menschen

Seit Dezember 2018 gibt es in Bahnhofsnähe ein niedrighschwelliges, langfristiges Wohnangebot für wohnungslose, psychisch kranke Menschen. Der Personenkreis nimmt krankheitsbedingt die Unterstützungs-, Therapie- und Wohnangebote des psychiatrischen Systems nicht in Anspruch und verfügt nicht über Handlungskompetenzen, um die Obdachlosigkeit eigenständig zu beenden. Daher ist die Stadtgemeinde Bremen in besonderer Weise gefordert, für diesen Personenkreis ein geeignetes

Wohnangebot bereitzustellen. Die langfristig angemietete ehemalige Flüchtlingsunterkunft in zentraler Lage wurde nach dem Vorbild des sogenannten „Hotel Plus“ in Köln als niedrigschwelliges Wohnangebot für wohnungslose psychisch kranke Menschen ohne Krankheitseinsicht eingerichtet. Angeboten wird ein eigenes, abschließbares Zimmer unter Mitnutzung von Gemeinschaftsküche und Sanitäranlagen, ausgestattet mit Bett, Tisch, Stuhl und Kühlschrank.

3.4. Ausweitung der Angebote der Drogenberatung

Um drogenabhängigen Menschen ausreichende Alternativen zum Aufenthalt am Bahnhof in der Verzahnung mit Hilfsangeboten anbieten zu können, wurden die Angebote der Drogenberatungsstelle der Comeback in der Nähe des Hauptbahnhofs erweitert. Das im Februar 2019 der ehemaligen Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz durch die Comeback GmbH vorgelegte Konzept beinhaltet u.a. erweiterte Öffnungszeiten (auch am Wochenende), die Erweiterung der medizinischen Versorgung, Erweiterung der Angebote zur Tagesstrukturierung, differenzierte Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund, die offene Beratung sowie Selbsthilfeangebote und Gruppenangebote zur Konsumreduzierung. Die frühere Öffnung des Kontakt- und Beratungszentrums (KBZ) der Comeback konnte bereits umgesetzt werden. Somit haben substituierte Menschen nun nach der Substitutvergabe die Möglichkeit, die Comeback aufzusuchen. Auch die Öffnung an den Samstagvormittagen von 10:00 – 14:00 Uhr ist umgesetzt und wird von jeweils rund 40-50 Besuchern gut angenommen. Da der Bedarf an Streetwork gestiegen ist, hat die Comeback die Stunden über die 20 Stunden hinaus erhöht.

Drogenkonsumräume (DKR) bieten die Möglichkeit, die Auswirkungen des offenen Drogenkonsums in der Öffentlichkeit einzudämmen, die Gesundheits- und Überlebensförderung durch Senkung des Infektionsrisikos und des Mortalitätsrisikos zu stärken sowie den Kontakt zum Hilfesystem herzustellen. Die im Januar 2019 von der damaligen Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz beauftragte und durch das Institut für Public Health und Pflegeforschung der Universität Bremen durchgeführte Machbarkeitsstudie zum Thema „Drogenkonsumraum in Bremen“ liegt vor und wurde am 28.08.2019 präsentiert. Die Studie bescheinigte einen erheblichen Bedarf für einen DKR und macht detaillierte Empfehlungen bzgl. der konkreten Ausgestaltung und des finanziellen Bedarfs für einen DKR in Bremen. Es wurden mehrere Begehungen im Umfeld des Hauptbahnhofs durchgeführt, unter Beteiligung der Teilnehmer der Steuerungsgruppe des Sicherheitsprogramms Hauptbahnhof und weiterer Akteure. Nach Prüfung der verschiedenen verfügbaren Flächen und Objekte erwies sich das Areal der Friedrich-Rauers-Straße aufgrund der Nähe zum Hauptbahnhof und aufgrund seiner relativ „geschützten“ Lage ohne private Anwohner*innen als am meisten geeignet. Auch in der Machbarkeitsstudie wird dieses Areal für einen Standort des DKR empfohlen und von den Drogenkonsument*innen als noch gut erreichbare Lage eingeschätzt. Für das Jacobushaus läuft nach

Auskunft von Immobilien Bremen (IB) noch das Ausschreibungsverfahren für den Umbau in ein Azubiwohnheim und das alte Versorgungsamt ist für die Nutzung aus unterschiedlichen Gründen nicht geeignet. Aktuell erscheint ein Gewerbeobjekt neben dem alten Versorgungsamt (Adresse Breitenweg 57-59) als am geeignetsten. Das Objekt ist privat vermietet und ist kurzfristig verfügbar.

Als Übergangslösung kommt ein Drogenkonsum-Bus mit einem Kontaktmobil in Form eines alten Campingwagens in Betracht, dessen Standort auf dem Parkplatz des Jacobushauses in der Friedrich-Rauers-Straße sein könnte.

Der Senat hat die Einrichtung eines Drogenkonsumraums und die Realisierung der Übergangslösung in Form eines Drogenkonsumbusses mit Kontaktmobil am 03.12.2019 entschieden. Derzeit finden die Vorbereitungen bzgl. des Standortes, der Konzepterarbeitung etc. statt.

Notwendig ist eine Entscheidung bzgl. der Wahl des favorisierten Objektes (Gewerbe / Lagerhalle). Der Vermieter des Objektes hat grundsätzlich Interesse an der Nutzung der Immobilie für den Drogenkonsumraum und Angebote der Drogenberatung. Derzeit werden in Abstimmung mit dem Vermieter konkrete Details bzgl. der Anmietung des Objektes ab 2021 geklärt bzw. vorbereitet.

Die Rechtsverordnung zum Betreiben eines DKR wurde von SGFV fertig gestellt.

3.5. Beschäftigungsangebote

Für die Schaffung von niederschweligen Beschäftigungsangeboten für wohnungslose und/oder suchtkranke Menschen wird weiterhin an dem Konzept gearbeitet und die Finanzierung ist beantragt. Hierbei kooperieren die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz.

Auch hierfür sind Räumlichkeiten im Bahnhofsumfeld erforderlich.

4. Gestaltung

4.1. Beleuchtung

Die neue Beleuchtung am Bahnhofplatz wurde im November 2018 in Betrieb genommen. Es ist noch nicht die volle Leistungsfähigkeit erreicht, da die Leuchten zurzeit von der SWB nachgerüstet werden. Die Helligkeit kann für Einsatzfälle über die Leitstelle der Polizei gesteuert werden.

Für die Vermeidung von Rückzugsräumen zwischen Innenstadt und Hauptbahnhof sollten die Bereiche Bahnhofstraße, Hillmannplatz und Herdentorsteinweg ebenfalls mit einer entsprechenden Beleuchtung ausgestattet werden. Für die Umsetzung besteht ein enger Austausch mit einer neu

gebildeten Arbeitsgruppe Beleuchtung, die sich aus dem Amt für Straßen und Verkehr, der Polizei, dem Senator für Inneres und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zusammensetzt. Ein ressortübergreifender Begehungstermin hat im Oktober 2019 stattgefunden, um die konkreten Bedarfe und Möglichkeiten festzustellen. Für die Bahnhofstraße und den Hillmannplatz wird eine neue Beleuchtung zur Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls priorisiert empfohlen.

Neben der öffentlichen Beleuchtung ist es darüber hinaus sinnvoll, die Anrainer einzubeziehen, um die Bedarfe für eine quartiersbezogene, atmosphärische Beleuchtung zu erheben und sie zu motivieren, die Fassaden einheitlich attraktiv zu illuminieren. Dazu bedarf es einer beratenden Expertise, wie am Bahnhof.

Gemeinsam mit der Initiative des Vereins „Bremen Kommt e.V.“ und Vertretern der ansässigen Wirtschaft soll der Versuch gestartet werden, für die genannten Bereiche und andere Teile der Innenstadt ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Die öffentliche Beleuchtung und Gebäudebeleuchtung könnten sich so sinnvoll ergänzen.

4.2. Platz der Deutschen Einheit

Der „Platz der Deutschen Einheit“ (Grünfläche vor dem Überseemuseum) ist eine zentrale Örtlichkeit und prägt den ersten Eindruck des Bahnhofplatzes wesentlich. Die Baustellencontainer des Bauvorhabens City Gate wurden im November 2019 entfernt. Zunächst wird die Fläche wieder als Wiese hergestellt. Aktuell fungierte der Platz überwiegend als Treffpunkt für Alkoholranke, Drogenkonsumenten und für Menschen in prekären Lebenslagen. Angestrebt wird eine Qualifizierung der Freifläche mit dem Ziel, einen attraktiven Stadtraum zu schaffen, der von allen Bürger*innen sowie Reisenden genutzt wird.

Eine Option ist, dort regelmäßig kulinarische, kulturelle oder sportliche Events anzubieten. Der Verein „Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.“ befasst sich mit dieser Möglichkeit.

Ob dieses Ziel durch eine aufwendige Umgestaltung, neue Stadtmöblierung oder moderate Freiraumgestaltung erreicht wird, soll in einem Dialogprozess mit Nutzern und Anliegern diskutiert werden. Die Anrainer (Überseemuseum, Hotels, Gastronomen) haben bereits erste Ideen entwickelt und werden sich in die zukünftigen Planungen unter Federführung von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau einbringen. Die Beteiligungsprozesse werden sichergestellt.

4.3. Rückzugsraum Straße zwischen Breitenweg und Cinemaxx

Die Straße soll nicht mehr als Rückzugsraum für kriminelle Milieus und für die Verrichtung der Notdurft dienen.

Der Verkauf und Entwidmung der Straße hinter den Hotels, zwischen Cinemaxx und Breitenweg, wäre zwar möglich, wurde aber von den Eigentümern aufgrund des hohen Preises abgelehnt. Den Anliegern wurde angeboten, den Zugang vom Breitenweg mit einem von innen schaltbaren Rolltor zu schließen und auf eigene Kosten zu betreiben. Eine Entscheidung steht noch aus.

4.4. Rückzugsraum „Auf der Brake“

Der Innenhof des Siemenshochhauses ist entwidmet und am 24.07.2019 mit Toren verschlossen worden, damit dieser keinen Rückzugsraum für Betäubungsmittelkonsumenten und -händler darstellt. Nach dem Einbau der Tore wird die Fläche nicht mehr von der Stadtreinigung gereinigt, hier ist jetzt der private Eigentümer verantwortlich.

Die Anlieger Tower Music Club und Café Papagei haben ergänzend Nutzungsideen für den Innenhof entwickelt. Während der Öffnungszeiten des Café Papagei soll der Innenhof von den Besucher*innen genutzt werden. Der Zugang zu dem Innenhof erfolgt dann ausschließlich über das Café Papagei. Der Konsum von illegalen Drogen wird nicht geduldet werden. Abends könnten Veranstaltungen des Towers im Innenhof stattfinden.

4.5. Verkehr

Das Thema Verkehr wurde bisher nicht im Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof behandelt. Es besteht der Bedarf, die Lenkung von Fußgängern und Radfahrern im Zusammenhang mit dem ÖPNV zu verbessern.

Es werden viele Fahrräder im Bahnhofsumfeld abgestellt. Die Nutzung der vorhandenen Fahrradparkhäuser ist offensichtlich für viele Radfahrende wenig attraktiv. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und der Senator für Inneres haben am 08.10.2019 vereinbart, diese Themen in das Sicherheitsprogramm Bremer Hauptbahnhof aufzunehmen.

In Abstimmung mit der Brepark und dem ADFC wird ein Konzept zur besseren Auslastung der vorhandenen Fahrradparkhäuser am Bahnhof erstellt. Die Umsetzung der Maßnahmen sollten bis Herbst 2020 abgeschlossen sein. Sollten die Kapazitäten der Fahrradparkhäuser zukünftig nicht mehr

ausreichen, wird geprüft, wie das Angebot weiter ausgebaut werden kann (z.B. Tiefbunker oder Neubau Bürgerweide)

5. Anrainer

Ein wesentlicher Bestandteil für die Erarbeitung des Konzeptes des Sicherheitsprogramms Hauptbahnhof war die Einbeziehung der Akteure vor Ort, um Probleme zu analysieren und gemeinsame Lösungsansätze zu finden. Für die weitere, gebündelte Mitarbeit an dem Sicherheitsprogramm ist die Gründung des Vereins „Attraktiver Bremer Bahnhof e.V.“ durch die Anrainer gelungen. Der Verein wurde beim Amtsgericht eingetragen. Es werden weitere Mitglieder vom Verein angeworben.

Besondere Herausforderung

Armutszuwanderung aus Osteuropa

Ein Teil des Anstiegs von Wohnungslosigkeit, die sich rund um den Hauptbahnhof beobachten lässt, ist auf den Zuzug von EU-Bürger*innen zurückzuführen, für die als Arbeitnehmer*innen die Freizügigkeit gilt. Für EU-Bürger*innen, die am Arbeitsmarkt schließlich aber nicht Fuß fassen können und folglich auch keinen daraus abgeleiteten Zugang zum Sozialleistungssystem haben, können staatlicherseits keine Unterkunftsangebote vorgehalten werden. Ihr Aufenthalt ist dann auch nicht mehr durch die Freizügigkeit gedeckt.

Ein kleiner Teil dieser Zuwanderer aus Osteuropa hält sich rund um den Hauptbahnhof auf und hat – neben der prekären Lebenslage – auch Alkohol-, Drogen- oder psychische Probleme, die eine weitere Herausforderung für die Gesellschaft darstellen. Die Betroffenen leben in Nachtlagern in Unterführungen, Arkaden, unter Brücken, im Nelson-Mandela-Park und beim Güterbahnhof. Sie suchen auch Parkhäuser und Gewerbeimmobilien auf, in denen sie übernachten können. Es wird von den Hausverwaltungen berichtet, dass oft Unrat und sonstige Hinterlassenschaften mit einem hohen finanziellen Aufwand beseitigt werden müssen. Ein Gesamtlagebild besteht über einzelne Situationsbeschreibungen hinaus zurzeit nicht und wird deshalb ab 2020 erhoben.

Durch das Amt für Soziale Dienste können betroffenen EU-Bürger/innen lediglich eine Fahrkarte und Rückkehrhilfen in ihr Heimatland angeboten werden. Durch die Gesetzesänderung zum 01.01.2017 des § 23 SGB XII wird im Rahmen des SGB XII nur dann eine kurzfristige Unterstützung inkl. Rückkehrhilfen angeboten, um den Zeitraum bis zur freiwilligen Ausreise zu überbrücken. Die Handlungsspielräume Bremens sind hier begrenzt und müssen vor dem Hintergrund der bundesgesetzlichen Regelungen

betrachtet werden. EU-Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit gekommen sind, aber den Einstieg ins Arbeitsleben nicht geschafft haben, sind nicht sozialleistungsberechtigt.

Es gibt allerdings mehrere Beratungsangebote für EU-Bürger*innen v.a. auch aus Rumänien, Bulgarien und Polen. Dazu gehören die Projekte „BINNEN – Beratung für neuzugewanderte EU-Bürgerinnen und Bürger“ (Träger Verein für Innere Mission), das durch den ESF finanziert wird, „Chancenraum“, ein Beratungsprojekt der AWO in Gröpelingen, v.a. für Familien und MoBA – Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung. Darüber hinaus nutzen nicht leistungsberechtigte wohnungslose Menschen aus EU-Staaten die Tagesangebote und Netzwerke der Wohnungslosenhilfe. Das grundsätzliche Problem der Freizügigkeit bei fehlender sozialer Absicherung bleibt aber bestehen und stellt eine große, kaum zu lösende Herausforderung für viele deutsche Kommunen dar.

EU-Bürger*innen verfügen über das Recht der Freizügigkeit, welches durch das Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürger*innen (FreizügG/EU) geregelt ist. Sie können ohne besondere Formalitäten nach Deutschland ein- und wieder ausreisen. Zunächst besteht eine dreimonatige bedingungslose Freizügigkeit. Danach überprüft das Migrationsamt das aktuelle Vorliegen der Freizügigkeitsberechtigung, wenn sich Zweifel an dem Fortbestehen ergeben. Diese könnte bestehen, wenn kein Anspruch auf Sozialleistung vorhanden ist und die Person nicht arbeitssuchend ist.

Um die o.g. Konflikte zu lösen und die Personen dem Hilfesystem des Heimatlandes zuzuführen, werden gegenwärtig die Verfahren zur Anwendung des FreizügG/EU im Umgang mit den genannten Menschen aus EU-Staaten überprüft.

Fazit

Das Bild des Hauptbahnhofes hat sich bereits verbessert. Die ersten bzw. weiterführenden Maßnahmen aus der Sicherheitspartnerschaft greifen und haben zu einer spürbaren Verbesserung geführt. Mit der neuen Wache findet ein engerer Austausch und besser zu koordinierende gemeinsame Maßnahme der Bundes- und Landespolizei statt. Der gesamte Bahnhofplatz, der Hugo-Schauinslandplatz und der Nordausgang sind vollumfänglich videoüberwacht und 24/7 von der Leitstelle der Polizei beobachtet. Einzelne Anwohner*innen, Pendler*innen und Bürger*innen berichten, dass die Polizeipräsenz positiv wahrgenommen wird. Die Zielsetzung dieser Präsenzmaßnahme, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in diesem Bereich wieder zu stärken,

konnte erreicht werden. Es wird deutlich, dass Kontrollen von Ordnungsdienst und Polizei eine Daueraufgabe bleiben.

Neben der Polizei haben auch der Ordnungsdienst und die BSAG ihren Schwerpunkt am Hauptbahnhof gesetzt. Mobile Service Mitarbeiter (sog. MSM) der BSAG zeigen stetig an den Haltestellen Präsenz und dienen als Ansprechpartner für Reisende. Die Situation an den BSAG Haltestellen am Bahnhof hat sich verbessert. Die Alternativangebote wie der Wärmebus auf der Bürgerweide und dem Szenetreff im Zusammenhang mit den Präsenzmaßnahmen durch Polizei und Ordnungsdienst greifen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die Aufenthaltsqualität für Besucher*innen und Anrainer*innen am Hauptbahnhof verbessert hat. In der zweiten Jahreshälfte wurde nach der Schließung des Rückzugraumes „Auf der Brake“ deutlich, dass ein Drogenkonsumraum in Bremen fehlt. Die Konsumenten sind am und um den Bahnhof beim Aufbereiten von Drogen, Konsum und Austausch von Drogen für die Öffentlichkeit stark wahrnehmbar geworden. Die damit zusammenhängende Verunreinigung von Spielplätzen und anderen öffentlichen Anlagen erzeugte ein erhöhtes Beschwerdeaufkommen. Mit der Umsetzung des Beschlusses des Senats vom 03.12.19 zur Einrichtung eines Drogenkonsumraumes ist eine Verbesserung der Situation zu erwarten, wenn gleich sich hierdurch nicht alle Probleme mit der Drogenszene lösen lassen werden.

Die Präsenz von Polizei, aber auch Ordnungsdienst, BSAG und DB Sicherheit, in Zusammenhang mit der regelmäßigen Reinigung und den sozialen Alternativangeboten, haben bereits zu einer Verbesserung der Situation geführt, wenngleich noch nicht alle Ziele erreicht wurden und das Konzept noch nicht gänzlich umgesetzt wurde.

Die wesentlichen Herausforderungen bestehen darin, die Angebote für Menschen in prekären Lebenslagen weiter auszubauen. Der Drogenkonsumraum, ein Platz für niederschwellige Beschäftigung, eine größere Bahnhofsmission an der Westseite mit Toilettenanlage, erweiterten Öffnungszeiten für den Szenetreff und ein gutes Streetworkangebot sind hierfür erforderlich.

Mit der Einrichtung eines Drogenkonsumraums wird die Möglichkeit geschaffen, suchtkranke Menschen mit Hilfsangeboten besser zu erreichen, Gesundheitsschäden zu minimieren und die Belastung für die Öffentlichkeit zu reduzieren. Eine Übergangslösung für den Drogenkonsumraum wird ab April 2020 angestrebt.

Gleichzeitig ist es erforderlich, den offenen Drogenhandel effektiver zu bekämpfen, insbesondere die Wirksamkeit der rechtstaatlichen Möglichkeiten zu verbessern.

Auch die geplante Umgestaltung bzw. Nutzung des „Platzes der Deutschen“ Einheit ist ein wesentlicher Baustein für die Attraktivität des Bahnhofsplatzes.

Die Umsetzung des Sicherheitsprogramms wird gelingen, wenn an dem gemeinsamen Ziel festgehalten wird, die Netzwerkpartner weiterhin kooperativ auf kurzem Weg zusammenwirken und die finanziellen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen gegeben sind.

Ausblick 2020

- Umsetzung der Übergangslösung für den Drogenkonsumraum (SGFV)
- Deutliche Reduzierung des öffentlichen wahrnehmbaren Drogenkonsums und Drogenhandels (SI/SJV)
- Reduzierung der Verschmutzung, insbesondere durch Zigarettenkippen, am Bahnhof (SI/SKUMS)
- Lösung für eine Öffentliche Toilette am Bahnhofplatz (SKUMS)
- Schaffung eines Angebotes niederschwelliger Beschäftigung für Menschen in prekären Lebenslagen (SJIS/SWAE)
- Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Bahnhof durch kulturelle, sportliche oder sonstige Angebote des Vereins „Attraktiver Bahnhof e.V.“ auf dem Platz der Deutschen Einheit (SI/SWAE)
- Beleuchtung zwischen Bahnhof und Innenstadt verbessern (SKUMS)
- Verbesserung der Sicherheitsbereiche am Bahnhof (SI)
- Verbesserung der Angebote für das Fahrradparken am Bahnhof (SKUMS)